

Frankfurt, 1. Februar.

Wenn wir die herüberkommenen Nachrichten richtig deuten, so bereitet sich die amerikanische Regierung vor, die im Verlaufe des Krieges zwischen ihr und beiden kriegsführenden Parteien entstandenen sehr ernstlichen Konflikte über das Völkerrecht nun endgültig zum Austrag zu bringen. Die Stimmung ist in den Vereinigten Staaten trotz dem großen Einflusse, den die Entente durch die ihr ergebene Presse ausübt, erschütterlich erregt und der Administration keineswegs unbedingt günstig. So lange das Parlament nicht tagte beherrschte die Regierung ein das Feld. Jetzt aber ist der Kongreß versammelt und von da erklingen Stimmen, die Herrn Wilson nicht angenehm tönen können. In beiden Häusern ist über die Einseitigkeit geklagt worden, die das amtliche Amerika in so vielen seiner Handlungen an den Tag gelegt hat. Eine von Millionen aus allen Staaten unterzeichnete Petition gegen die Munitionsausuhr ist im Senat übergeben und trefflich begründet worden. Großen Erfolg wird sie wahrscheinlich nicht haben. Wie denn überhaupt vor der Ueberschätzung des Einflusses, den diese für Deutschland und seine Verbündeten Berechtigte heischenden Stimmen bestenfalls auf die amerikanische Politik üben können, sehr zu warnen ist. Man liest und hört gern, was einem gefällt, aber es besteht leider keinerlei Grund zu der Annahme, daß ein ernsthafter Umschwung zu Deutschlands Gunsten in Amerika bevorstehe. Wohl aber hat die Agitation der mit der Bevorzugung der Entente Unzufriedenen soviel Gärung ins öffentliche Leben der Union gebracht, daß die Lage der leitenden Persönlichkeiten keine bequeme ist. Eben darum mag der Wunsch bestehen, in den schwebenden Streitfragen sehr bald einen Erfolg zu erzielen. Ein solcher würde das Ansehen des Präsidenten, der ja in diesem Jahre seine Wiederwahl zu erlangen hofft, zweifellos wesentlich heben.

Die eine der großen Fragen ist die des Unterseebootkrieges gegen Handelsschiffe. Wir haben mitgeteilt, daß der Staatssekretär Lansing im Begriffe steht, den kriegsführenden Mächten eine Note zu überreichen. Der Wortlaut kann noch nicht vorliegen, aber die Mitteilungen der „Associated Press“ dürften authentisch sein. Folgendes sind kurz die Forderungen: 1. Nichtkämpfer dürfen auf Handelsschiffen unter kriegsführender Flagge das Meer befahren. 2. Kein Handelsschiff darf ohne vorherige Warnung angegriffen werden. 3. Handelsschiffe kriegsführender haben auf Befehl sofort beizudrehen. 4. Auf Handelsschiffe darf nur gefeuert werden, wenn sie Widerstand leisten, aber nicht mehr, sobald Flucht oder Widerstand aufgehört. 5. Nur wenn das Schiff nicht in einen Hafen gebracht werden kann, darf es zerstört, dann aber müssen Passagiere und Mannschaft gesichert werden. Nun bedarf es keines besonderen seemännischen Verständnisses, um einzusehen, daß diese Bestimmungen einem wirksamen Unterseebootkrieg gegen den feindlichen Handel teilweise recht hinderlich werden könnten. So wird z. B. die Forderung, daß in dem Augenblick nicht mehr gefeuert werden dürfe, in dem Flucht oder Widerstand des angerufenen Schiffes „aufgehört“, sehr schwer ausführbar sein, denn der Führer des angreifenden Bootes wird mit dem Kapitän eines Dampfers, der anfangs Widerstand leistete, über dessen weitere Absichten recht häufig verschiedener Meinung sein. Die Frage würde ja überhaupt viel leichter lösbar sein, wenn die Entente darauf verzichtete, ihre Handelsschiffe zu bewaffnen. In der Tat hat die amerikanische Regierung anerkannt, daß dieser Verzicht die erste Bedingung einer völkerrechtlichen Einigung über den U-Krieg sein müsse. Herr Lansing hat demgemäß dieser Tage den Vorschlägen der Entente eine Denkschrift überreicht in der er ihnen vorschlägt, Handelsschiffe nicht mehr zu bewaffnen. Wenn das angenommen ist, will er die Mittelmächte fragen, ob sie sich den oben angegebenen Bedingungen für den Unterseebootkrieg unterwerfen wollen. Was geschehen wird, wenn die Entente es ablehnt, auf die Bewaffnung der Handelsschiffe zu verzichten, ob etwa Deutschland auch dann von Amerika aufgefordert werden soll, in die Beschrän-

kungen des U-Krieges einzuwilligen, ist nicht klar. Gesezt aber, England nimmt den amerikanischen Vorschlag an und bietet für die Einhaltung ausreichende — den verantwortlichen Männern Deutschlands, wenn auch vielleicht nicht gewissen Blättern ausreichend erscheinende — Bürgschaften, dann wird es die Sache eben dieser Männer sein, zu entscheiden, ob sie die Punkte annehmen. Abänderungen verlangen oder alles verwerfen wollen. Wir haben weder die rechtliche noch die technische Befugnis, ihnen Ratschläge zu geben, und wir mißbilligen es auf das Entschiedenste, daß mehrere Berliner Zeitungen sich herausnehmen, sofort und wie auf Verabredung mit lautem Geschrei Lansing's Vorschläge als unannehmbar zu bezeichnen. Eins dieser Blätter, die „Kreuzzeitung“, beruft sich auf den Professor von Stengel, der gesagt hat, „daß Deutschland gar kein Interesse an Verhandlungen über völkerrechtliche Festlegungen der Freiheit der Meere hat, da diese von England im Bunde mit Amerika nur zu Versuchen benutzt werden, Deutschland die Waffe des Tauchbootes zu entwenden“. Herr v. Stengel ist Lehrer des Rechts und als deutscher Delegierter im Haag mit der Regelung der internationalen Rechtsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und anderen Mächten befaßt gewesen. Uns scheint, daß es ein grober Verstoß nicht sowohl gegen das Völkerrecht als gegen die elementarste gute Sitte ist, wenn die Vereinigten Staaten, mit denen wir uns noch nicht in Feindschaft befinden, offen beschuldigt werden, ihre völkerrechtlichen Bemühungen nur mit der perfiden Absicht zu verfolgen, daß England damit genützt werde. In der Sache aber ist zu fragen: Warum beschweren wir uns denn fortwährend über die Rechtsbrüche der Engländer, wenn wir selbst keine völkerrechtlichen Festlegungen der Freiheit der Meere wünschen? Von dieser letzteren und nicht von einer unbedingten Seeherrschaft Deutschlands hat der Reichskanzler gesprochen und dieses Wort steht das deutsche Volk bis auf weiteres als maßgeblich an. Auch gegen die Forderung, daß der Handelsschiffahrt der Neutralen gewisse Rechte und Rücksichten gewährleistet werden, dürfen wir uns im eigenen Interesse keinesfalls ganz ablehnend stellen. Die „Kreuzzeitung“ macht die törichte Bemerkung, solange England den Krieg gegen den deutschen Handel führe, habe der Nichtkämpfer auf dem Ozean dieselben Rechte „wie ein Spaziergänger zwischen Schützengraben“. Das würde heißen, daß England, wenn es künftig einmal Krieg mit Japan führt, nach unserem eigenen Willen das Recht hat, den gesamten deutschen Handel nach S. zu verbieten! Zu protestieren ist auch gegen den rohen und Deutschlands unwürdigen Ton in dem in Berlin diese Polemik geführt wird. Man führt in jeder dritten Zeile die dem Hungertode preisgegebenen deutschen Frauen und Kinder an, so daß das Ausland wirklich glauben muß, es hätte sich in Deutschland in diesem Kriege wirklich schon jemand nicht satt gegessen. Man schlägt aus dem tieftraurigen Baralongfall in abstoßender Weise zu bestimmten Zwecken Kapital, als sei dieses Verbrechen das einzige Typische für die Kriegführung der Feinde, als lasse die englische Regierung jeden gefangenen deutschen Seemann morden. Nach dieser Meinung müßten wir die Feinde nicht bloß besiegen, sondern einfach ausrotten, denn mit Mördern kann man nie wieder in menschliche Beziehungen treten.

Aber die Angelegenheit endet damit nicht. Es sieht so aus, als wolle Amerika den mit der Frage des U-Krieges nur mittelbar zusammenhängenden Fall der „Lusitania“ hervorziehen, um ihn gleichzeitig zur Erledigung zu bringen. Diese Streitfrage war seit dem Untergange des Dampfers im Notenwechsel zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung erörtert worden, eine Einigung ist bisher nicht erzielt, aber seit mehreren Monaten hatte man doch den Eindruck gewonnen, als ob sie möglich sei. Nun hat Graf Bernstorff vor einer Woche Deutschlands endgültige Vorschläge in Washington unterbreitet, die wie wir berichtet haben, nach von dort kommenden Meldungen keinerlei neue Zugeständnisse machen im besonderen die verlangte Mißbilligung der U-Kriegs des deutschen Unter-

seebootes verweigert. Bestimmte Nachrichten liegen seitdem kaum vor. Indessen läßt sich nicht übersehen, daß die Verhandlungen eine unerwünschte Form angenommen zu haben scheinen; in Amerika selbst müssen in dieser Richtung Befürchtungen bestehen. Offenbar beabsichtigt man in Washington, die Angelegenheit der „Lusitania“ im Hinblick auf das Ziel, Deutschlands Zustimmung in der Unterseebootfrage zu erreichen, gleichzeitig mit dieser zur Erledigung zu bringen. Das ist ein sehr bedenkliches Verfahren, dessen Möglichkeiten ernst sind. Daß man in Amerika zu einer Entscheidung zu kommen denkt, geht auch daraus hervor, daß Herr Wilson den Obersten House, einen Mann seines persönlichen Vertrauens nach Europa gesandt hat, vermutlich doch um bei den Kriegführenden gewisse letzte Auskünfte einzuholen. Wir sind der Hoffnung, daß es zum Abbruch der Beziehungen — von schlimmerem zu Schweigen — zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten nicht kommen wird. Tritt das Unerwartete doch ein, so wird Deutschland einem neuen Gegner so standhaft die Stirne bieten wie den alten. Nur wollen wir uns nicht von gewissen Jingos, die an Schreibtischen Heldentaten verrichten, in den Wahneinwiegen lassen, daß dieser Gegner ungefährlich wäre. Unsere glänzende militärische Lage läßt auf ein Zusammenbrechen des feindlichen Widerstandes in absehbarer Zeit hoffen. Nicht allein die Mannschaften werden den Feinden knapper, sondern vor allem die Gelder. Unter der finanziellen Last wird England eines Tages erliegen. Das könnte sich aber — und erschütterlich ist das Englands Hoffnung — bedeutend ändern, wenn ein neuer Helfer zur Entente träte, der ihr Anleihen in unbeschränkter Höhe gewähren, darüber hinaus aber auch als seinen Hauptbeitrag zum Kriege unseren jetzigen Feinden ihren gesamten Munitionsbedarf auf seine Rechnung zur Verfügung stellen könnte. Es ist das Ganze des Krieges, das zu erwägen ist. Jede einzelne Aktion, sie möge an sich so wünschenswert sein wie nur denkbar, hat sich dem großen Gesamtinteresse des Sieges unterzuordnen. Im Gegensatz zu anderen Organen der öffentlichen Meinung mahnen wir uns nicht an, den leitenden Männern zu sagen, wie diese äußerst verschiedenartigen Momente gegen einander abzuwägen seien. Die dazu nötigen Informationen besitzen jene wenigen Männer allein; und auf ihnen allein ruht die ungeheure Verantwortung.